

1.

Formen Sie die fett und kursiv gedruckten Satzteile oder Sätze so um, dass der Inhalt der Aussagen erhalten bleibt. Verwenden Sie die angegebenen Strukturen. Die Zahl der Lücken entspricht der Zahl der Wörter in dem neu formulierten Satz. Sie dürfen dabei kein Wörterbuch benutzen.

Beispiel:

0. Die Kosmetikfirma **behauptet**, dass sie die Kunden mit der Antifaltencremewerbung nicht *irreführt habe*.

Die Kosmetikfirma _____ die Kunden mit der Antifaltencremewerbung nicht _____.

Lösung: Die Kosmetikfirma *will* die Kunden mit der Antifaltencremewerbung nicht *irreführt haben*.

1. *Es wird behauptet*, dass das Bruttoinlandsprodukt im nächsten Jahr um 3,5 % steigen wird.

Das Bruttoinlandsprodukt _____ im nächsten Jahr um 3,5 % steigen.

2. „Man *muss* den Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung frühzeitig *erkennen*,“ äußerte der Vorsitzende des Aufsichtsrates.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates äußerte, man _____ den Wendepunkt in der wirtschaftlichen Entwicklung frühzeitig _____.

3. Der Chemiebetrieb *hätte* alle Umweltrisiken zu 100% ausschließen *müssen*, meldet die Presse.

Die Presse meldet, dass der Chemiebetrieb alle Umweltrisiken zu 100% _____ ausschließen _____.

4. Wenn die Regierung den Mineralölsteuersatz senkt, *muss man* weniger für das Benzin *bezahlen*.

Wenn die Regierung den Mineralölsteuersatz senkt, ist der _____ Benzinpreis niedriger.

5. Nachdem die Kurse an der Börse zurückgegangen waren, erhöhte sich die Zahl der Aufträge für die Makler.

_____ dem _____ der Kurse an der Börse erhöhte sich die Zahl der Aufträge für die Makler.

6. Waren, die unverlangt eingehen, müssen weder bezahlt noch zurückgeschickt werden.

_____ Waren müssen weder bezahlt, noch zurückgeschickt werden.

7. Wenn man für eine neue Ware, die man einführen möchte, **nicht** wirbt, lässt sie sich nicht verkaufen.

_____ man für eine Ware, die man einführen möchte, wirbt, lässt sie sich nicht verkaufen.

8. Mit großer Wahrscheinlichkeit hat die Postbank gestern ihre neuen Aktien an der Börse **platziert**.

Gestern wird die Postbank ihre neuen Aktien an der Börse _____ .

9. Der Anstieg des Benzinpreises war vorauszusehen.

Man _____ den Anstieg des Benzinpreises _____ .

10. Wenn man nicht bereit ist, gewisse Risiken einzugehen, ist es unmöglich, Gewinne zu realisieren.

Ohne die _____, gewisse Risiken einzugehen, ist es unmöglich, Gewinne zu realisieren.

2.

In jedem Satz des folgenden Textes gibt es genau einen sprachlichen (z.B. lexikalischen oder grammatischen) Fehler. Unterstreichen Sie jeweils das fehlerhafte Wort und schreiben Sie die Korrektur in die Tabelle, wie im Beispiel (Satz 0). Sie dürfen dabei kein Wörterbuch benutzen.

Biotech-Firma Isotis wandert nach Amerika aus

0.	Die in Lausanne beheimatete Firma Isotis will <u>seine</u> Schweizer Identität abstreifen und amerikanisch werden.	<i>ihre</i>
1.	Das Unternehmen schlägt den Aktionären vor, ihre Isotis-Papiere für neue Isotis-Inc.-Titel zu tauschen und letztere sodann am Nasdaq Global Market als einziger Börse kotieren zu lassen.	
2.	Jetzt will man mit der Konzentration auf einem Börsenstandort die Komplexität der regulatorischen Anforderungen reduzieren.	
3.	Die Konzentration auf eine Börse soll dazu beizutragen, die Liquidität der Isotis-Aktien zu erhöhen.	
4.	In einer Pressemitteilung stellt die Firmenführung die Amerikanisierung des Unternehmens wie einen logischen Schritt dar.	
5.	Isotis besitzt in Lausanne zwar noch über den Hauptsitz und unterhält hier Vertriebs- und Marketingstrukturen,	
6.	über 90% der Mitarbeiter sind aber in den USA tätig, und hier werden 75% der Vorsätze generiert.	
7.	Mit der Nasdaq-Kotierung hofft die Firma bei den amerikanischen Analytikern zu einem höheren Bekanntheitsgrad und zu einer angemessenen Bewertung der Aktien zu gelangen.	
8.	Letztlich soll die Präsenz in den USA den Zugang zu den institutionellen Anlegern in Amerika erleichtert werden.	
9.	Der Zeitplan sieht vor, dass das Umtauschgebot im Dezember lanciert und der Handel an der Nasdaq im ersten Quartal aufgenommen werden sollen.	
10.	Das Zustandekommen der Transaktion hängt damit ab, ob sich zwei Drittel der Aktionäre damit einverstanden erklären.	

3.

Lesen Sie den folgenden Text und tragen Sie für jede Lücke die richtige Lösung (A, B oder C) in die Tabelle auf dem Lösungsblatt ein. Sie dürfen dabei kein Wörterbuch benutzen.

Standort Deutschland bleibt Premium-Marke

Deutschland lässt sich gut verkaufen. Hilmar Kopper, Bundesbeauftragter für Auslandsinvestitionen, sieht das Land als „eingeführte Premium-Marke“.

Seit 1998 (0) A-umwirbt Hilmar Kopper, ehemaliger Chef der Deutschen Bank, internationale Investoren. Seine Erkenntnis: „Made in Germany“ und die deutschen Tugenden, Fleiß und gute Ausbildung sind noch immer (1) _____ im Wettbewerb um Unternehmensinvestitionen. „Trotz Pisa“, ist er sicher, werden bei „Ausbildung und Motivation“ deutscher Arbeitskräfte auch künftig „höchste Standards erreicht“. Die rund 80 Mio. Einwohner der Bundesrepublik bilden zudem einen potenten Markt. Die kurzen Wege, vor allem in die osteuropäischen Staaten sind ein weiterer Anreiz, Geld in (2) _____ oder Neugründungen zu stecken. Kopper verkündete die Schwerpunkte seiner Investitionswerbung auf dem Berliner Jahreskongress der deutschen Wirtschaftsförderer.

Trotz vieler positiver Töne: die Auslandsinvestitionen werden in diesem Jahr vermutlich bei weitem nicht an die 60 Mrd. Euro des Vorjahres heranreichen. Die (3) _____ mag Kopper noch gar nicht schätzen. Doch die 27 Mrd. Euro, die ausländische Unternehmer im ersten Halbjahr in Deutschland investierten, zeigen schon deutlich den Trend.

Dennoch ist der Banker optimistisch. Selbst an einem von der Wirtschaft hart kritisierten Punkt, dem kronischen Eigenkapitalmangel des Mittelstandes, vermag der Standort-Werber noch Positives zu entdecken. Das fehlende Geld im Unternehmen ist eine gute Chance für ausländische Beteiligungen. Das Geld fremder Investoren werde gern genommen. Im (4) _____ gibt es mangels nationaler Unternehmerinteressen ebenfalls einen Markt für ausländische Interessenten.

Während der ehemalige Banker im Ausland Loblieder auf die Deregulierung bei Post und Telekom singt und auf „eine der (5) _____ Infrastrukturen der Welt“ verweist, ärgert es ihn mächtig, wenn Verbandschefs wie BDI-Präsident Rogowski über den Standort schlecht reden: „Das hilft uns überhaupt nicht“, grummelt der Globetrotter für die Dachmarke Deutschland.

Der Botschafter für Auslandsinvestitionen mag auch keinesfalls die Standortqualitäten auf Kostenvergleiche reduzieren. Viele Unternehmen seien sogar aus Osteuropa nach Deutschland zurückgekommen, weil sich die höheren (6)_____ hier durch eine verbesserte Automatisierung „neutralisieren lassen“.

Die kommunalen und regionalen (7)_____ spüren ebenso wie der Bundesbeauftragte die Investitionsunlust. Doch die, da sind sich die Experten sicher, trifft nicht nur Deutschland. Auch die Mitbewerber leiden unter der Zurückhaltung der Unternehmer. Und wenn sich doch einer interessiert, so weiß der Geschäftsführer der (8) _____ Berlin, Hans Estermann ist das Engagement zurückhaltender: Früher plante ein Investor in einer (9)_____ von 100 Arbeitsplätzen und mehr, „heute kalkulieren sie erst einmal mit 30“.

Die Wirtschaftsförderer von Kommunen, Land und Bund würden allerdings wesentlich optimistischer in die Zukunft schauen, wenn ihnen mehr Geld zur Verfügung stünde. Hilmar Kopper ist mit seinem Etat von 2 Mio. Euro gegenüber seinen europäischen Konkurrenten eher schlecht ausgestattet. Sein französischer Kollege steht im Rang eines Staatsministers und kann 80 Mio. Euro ausgeben. Deshalb fordert der Ex-Banker: „Marketing und Imagewerbung müssen mit hinreichenden Mitteln (10)_____ sein, um international gehört zu werden“.

0. A. ~~unwirbt~~ B. bewirbt C. wirbt
- 1.) A. Pferdezüge B. Pferdestärke C. Zugpferde
- 2.) A. Verteilungen B. Teilnahmen C. Beteiligungen
- 3.) A. Summen B. Höchstsumme C. Gesamtsumme
- 4.) A. Dienstleistungsbranche B. Dienstleistungsbereich C. Dienstleitungsfach
- 5.) A. lebendigsten B. kompetentesten C. leistungsfähigsten
- 6.) A. Gewerbekosten B. Lohnkosten C. Steuerkosten
- 7.) A. Firmenbewerber B. Firmenanwerber C. Firmenwerbungen
- 8.) A. Wirtschaftsförderung B. Wirtschaftsforderung C. Wirtschaftsentwicklung
- 9.) A. Ausbreitung B. Größenordnung C. Ausdehnung
- 10.) A. ausgestattet B. abgestattet C. bestattet

Lesen Sie den Text und die 10 Überschriften. Ordnen Sie den neun Absätzen die passende Überschrift zu. Eine Überschrift ist überflüssig. Tragen Sie Ihre Lösungen in die Tabelle ein. Sie dürfen dabei das Wörterbuch benutzen.

Große Job-Bremse Arbeitsrecht

1

Die internationalen Arbeitsmarktstatistiken offenbaren eine unschöne Wahrheit: Je besser Arbeitnehmer in einem Land gesetzlich gegen Arbeitsverlust, Versetzungen, Lohneinbußen, Arbeitszeitverlängerungen und andere vermeintliche Unbill abgesichert sind, desto mehr Menschen teilen das Schicksal der Langzeitarbeitslosigkeit. Dies ergab eine Studie der Industrieländer-Organisation OECD. Deutschland mit seinem Rundum-Schutz für Arbeitnehmer schnitt dabei besonders unrühmlich ab. Fast die Hälfte der Arbeitsamt-Klientel war im Jahr 2002 zwölf Monate oder länger ohne Anstellung. In Großbritannien und in den USA galt das lediglich für 23 bzw. 10% der Arbeitslosen. Hinzukommt, dass in diesen Ländern mit ihrem eher liberalen Arbeitsrecht auch das Beschäftigungsniveau höher ist. Die Vereinigten Staaten haben eine Erwerbstätigenquote von 74%, das Vereinigte Königreich von 72%, während in Deutschland nicht einmal zwei Drittel der Erwerbsfähigen in Lohn und Brot stehen.

2

Wegen des Kündigungsschutzes und anderer Bestandsgarantien können Unternehmen in prekären wirtschaftlichen Situationen ihre Kostenbelastung nicht adäquat und schnell genug herunterschrauben. Das kann die Schwierigkeiten verschärfen oder sogar das Aus für den Betrieb bedeuten. Dieses Risiko wird bei geplanten Einstellungen berücksichtigt und gegebenenfalls lieber eine Arbeitskraft weniger unter Vertrag genommen. Über drei Viertel der vom Institut der deutschen Wirtschaft Köln befragten 859 Betriebe stuften das komplizierte Arbeitsrecht als Haupthürde für den Personalaufbau ein. Nur von den hohen Lohnzusatzkosten, der schlechten Wirtschaftslage und der Steuerbelastung zeigten sich noch mehr Unternehmen getroffen. Von den Mittelständlern mit 10 bis 249 Mitarbeitern sahen sogar 86% den Dschungel aus Arbeitsrechtsparagrafen und Aktenzeichen als Beschäftigungshemmnis.

3

Die Kritik entzündete sich an folgenden Punkten: Kündigungsschutz

Der Gesetzgeber lässt den Firmen in der Personalpolitik kaum freie Hand. Für Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten gilt: Bevor eine verhaltensbedingte Kündigung angesprochen werden kann, muss es individuelle Abmahnungen gegeben haben. Bei betriebsbedingten Kündigungen, also bei zu schwacher Auftragslage, ist das zwar nicht nötig. Doch dann greift die Sozialauswahl. Wegen des gesetzlichen Kündigungsschutzes haben 57% der Unternehmen in Deutschland schon von Neueinstellungen Abstand genommen. Unter den Mittelständlern galt dies sogar für über 70%. Fast neun von zehn befragten Betrieben waren sich einig darin, dass Kündigungsschutzprozesse vor dem Arbeitsgericht unkalkulierbare

finanzielle Folgen hätten. Etwa 80% beklagten, dass wegen der Sozialauswahl oftmals Leistungsträger zuerst entlassen werden müssten. Neueinstellungen seien sicher häufiger, wenn der volle Kündigungsschutz erst nach zwei Jahren griffe – auch diese Ansicht vertraten acht von zehn Firmen. Rund 70% der Unternehmen stellten in Aussicht, dass sie bei gelockertem Kündigungsschutz zusätzliche Stellen einrichten würden.

4

Tarifrecht

Tarifverträge regeln das Verhältnis von Arbeitnehmern und Arbeitgebern: das Korsett ist für die Unternehmen aber an vielen Stellen zu eng geschnürt. Hier und da haben die Tarifpartner zwar Öffnungsklauseln in die Abkommen eingebaut, dennoch fällt es den Betrieben nach wie vor in vielen Branchen schwer, sich in wirtschaftlicher Not Luft zu verschaffen. Zwei von fünf Unternehmen in Deutschland verzichteten wegen unflexibler Tarifverträge bereits auf Einstellungen – und über die Hälfte der Firmen würde Arbeitsplätze schaffen, wenn es leichter möglich wäre, im Krisenfall von den tariflichen Vorgaben abzuweichen. So wünschen sich 90% der vom IW befragten Unternehmen, dass Tarifverträge immer mit Öffnungsklauseln versehen sein sollten, um Arbeitsplätze zumindest erhalten zu können, sollte es betriebswirtschaftlich eng werden. Rund drei Viertel der Befragten äußerten zudem die Ansicht, ältere Arbeitnehmer hätten bessere Karten auf dem Arbeitsmarkt, würden ihnen nicht tarifliche Senioritätsregeln unabhängig von der Leistung automatisch ein höheres Lohnniveau und andere Privilegien zusichern.

5

Arbeitsgerichtsprozesse

Ficht ein Arbeitnehmer seine Entlassung gerichtlich an, kann sich das Verfahren Monate hinziehen. Zudem ist der Ausgang von Arbeitsgerichtsprozessen für die Unternehmen kaum vorhersehbar. Knapp 40 % hielt dieses Risiko schon einmal davon ab, Personal aufzustocken.

6

Besondere Schutzrechte

Die über das normale Maß hinausgehende Absicherung bestimmter Arbeitnehmergruppen – nicht nur von Älteren, sondern auch von Schwerbehinderten oder Schwangeren – geht zum Teil nach hinten los. Ein Drittel der Unternehmen gab zu, sich wegen des Mutterschutzes und der damit verbundenen Pflicht zur Lohnfortzahlung schon einmal gegen eine Stellenbewerberin entschieden zu haben. Drei Viertel der Befragten waren der Ansicht, dass junge Frauen Nachteile haben, weil sie eine Schwangerschaft im Vorstellungsgespräch leugnen dürfen. Gerade kleine Unternehmen können den Ausfall einer frisch angeheuerten Arbeitskraft vornehmlich organisatorisch kaum kompensieren. Dass sie Arbeitsplätze schaffen würden, wenn die Mutterschutzkosten nicht auf ihre Rechnung gingen, sagten 44% der Betriebe.

Auch der Schwerbehindertenschutz ist nicht frei von Befürchtungen. Die meisten Firmen sind überzeugt, dass Menschen mit Handikaps selbst in Krisenzeiten praktisch unkündbar seien. Immerhin drei Viertel glauben daher, dass Unternehmen generell lieber die Ausgleichsabgabe zahlen, als die vorgeschriebene Zahl von Behinderten einzustellen. Allerdings pochen drei Viertel der Betriebe nicht auf eine Reform, weil sie sich davon nicht unbedingt zusätzliche Arbeitsplätze versprechen.

Teilzeit- und Befristungsgesetz

Stärker als am gesetzlichen Anspruch auf Teilzeitarbeit haben viele Unternehmen an der eingeschränkten Befristung von Arbeitsverhältnissen zu knabbern. Gäbe es diese nicht, hätte es wohl wesentlich mehr Einstellungen gegeben. Immerhin bei gut einem Viertel der befragten Betriebe konnte ein Wunschkandidat nicht befristet eingestellt werden, weil es früher schon einmal im Unternehmen beschäftigt war. Der Teilzeitanspruch ist problematisch, weil sich nicht jeder dahingehend geäußerte Wunsch in die Betriebsabläufe einfügen lässt, drohende juristische Auseinandersetzungen aber viel Geld und Zeit kosten. Um den vorzubeugen, haben etwa jüngere, kinderlose Frauen, die erfahrungsgemäß am ehesten Teilzeitwünsche anmelden, im Bewerbungsverfahren durchaus das Nachsehen.

Betriebliche Mitbestimmung.

Dieser Punkt steht auf der Reformagenda relativ weit hinten. Nur gut jede siebte Firma – allerdings jedes zweite Großunternehmen – hat sich durch die Mitwirkungsrechte der Arbeitnehmervertretung davon abhalten lassen, neue Stellen zu schaffen. Dahinter steckt das Phänomen, dass manche Betriebsräte dazu tendieren, unternehmerische Entscheidungen zu blockieren, um die Jobs der gestandenen Mitarbeiter zu erhalten.

Schreiben Sie eine kurze Zusammenfassung des Textes (etwa ein Drittel, ca. 300-350 Wörter) in ungarischer Sprache für ein fachkundiges Publikum ohne zum Textinhalt Stellung zu nehmen. Keine Übersetzung! Sie dürfen dabei das Wörterbuch benutzen.

Outsourcing - Die Ernte einfahren

Outsourcing, Offshoring, Produktionsverlagerungen – die meist mit einem drohenden Unterton versehenen Begriffe geistern wild durch die Gazetten. In den Berichten und Kommentaren zur vermeintlich massiven Abwanderung von Unternehmenskapital aus Deutschland und der damit verbundenen Furcht vor Arbeitsplatzverlusten werden die betreffenden Firmen inzwischen sogar gelegentlich als Vaterlandsverräter bezeichnet.

Angeheizt wurde die Debatte vor allem durch den EU-Beitritt von mittel- und osteuropäischen Ländern, deren Arbeitskosten allesamt deutlich unter dem deutschen Niveau liegen und die sich deshalb als attraktive Standort-Alternativen präsentieren. Doch das Thema ist weder neu noch auf Europa beschränkt. Denn schon in den achtziger Jahren begannen die Unternehmen aus den Industrieländern, rund um den Globus neue Investitionsmöglichkeiten zu suchen. Deutsche Betriebe waren dabei allerdings im internationalen Vergleich noch recht zurückhaltend:

Die deutschen Direktinvestitionsbestände im Ausland sind von 1990 bis 2002 von rund 9 auf 29 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gestiegen. In Großbritannien z.B. legten sie aber von gut 23 auf über 66 Prozent des BIP zu, in den Niederlanden sogar von 36 auf knapp 85 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Entscheidend ist zudem, warum die Firmen ihr Kapital über die Grenzen tragen. Weniger als die Hälfte der deutschen Unternehmen investiert aus Kostengründen im Ausland. Überwiegend geht es darum, neue Märkte zu erobern oder zu sichern – vornehmlich in den Industriestaaten. Dort waren im Jahr 2001 gut 86 Prozent aller bestehenden deutschen Direktinvestitionen zu finden.

Vor diesem Hintergrund hatte das Auslandsengagement der deutschen Wirtschaft ihrem eigenen Urteil zufolge bislang eher positive Job-Effekte: In einer aktuellen Umfrage der Kreditanstalt für Wiederaufbau gaben sechs von zehn Unternehmen an, durch Direktinvestitionen Arbeitsplätze geschaffen oder zumindest gesichert zu haben.

Dennoch werden, wenn die allgemeine Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage mau ist, im Ausland investierende Firmen gern zum Sündenbock gemacht. Dies zeigt sich derzeit auch in den USA, wo das Thema Offshoring die Gemüter erhitzt – lagern amerikanische Firmen IT-Dienste doch zunehmend in Entwicklungsländer und vor allem nach Indien aus.

Diese Entwicklung sei – so war bis vor kurzem von manchen Politikern zu hören – verantwortlich dafür, dass der Arbeitsmarkt trotz einer florierenden Wirtschaft nicht in die Gänge käme. Doch der aus der Verlagerung resultierende Import von IT-Dienstleistungen ist in den vergangenen beiden Jahren nur um weniger als 1 Milliarde Dollar gestiegen – viel zu wenig, um einen starken Einfluss auf den US-Arbeitsmarkt auszuüben.

Außerdem übersehen die auf die Stimmen verunsicherter Wähler schielenden Politiker geflissentlich, dass Auslandsinvestitionen allen Beteiligten zugute kommen können. Dies zeigt beispielsweise eine Berechnung der Unternehmensberatung McKinsey für die Vereinigten Staaten und Indien: Je 100 Dollar, die die USA in Indien investieren, wächst die US-Wertschöpfung um 113 Dollar. Der indische Subkontinent kann ein Plus von 33 Dollar verbuchen.

Dass die Inder vom amerikanischen Kapital profitieren, verwundert kaum. Denn durch die US-Investitionen entstehen neue Arbeitsplätze, die die Einkommen steigern. Dies kurbelt den Konsum an und lässt die Steuereinnahmen sprudeln. Werden die in Indien erzielten Gewinne wiederum zwischen Neu-Dehli und Bangalore angelegt, gibt dies der Wirtschaft und der Beschäftigung einen weiteren Schub.

Doch auch für die USA ziehen die Experten ein positives Fazit. Zwar fallen durch das Offshoring Jobs zwischen Los Angeles und New York weg. Dies wird jedoch durch die weiteren Wirkungen der Direktinvestitionen mehr als kompensiert:

Niedrigere Kosten. Die Produktionsverlagerung bedeutet für die betreffenden Unternehmen eine erhebliche Kostenentlastung. Dies stärkt ihre Position im weltweiten Wettbewerb. Mit den eingesparten Mitteln können neue Investitionen finanziert werden, die zusätzliche Jobs schaffen – oder die niedrigeren Kosten werden durch günstigere Preise an die Kunden weitergegeben.

Zusätzliche Exporte. Um in Niedriglohnländern moderne Produktionsstätten aufzubauen und einen effizienten Betrieb zu gewährleisten, brauchen die Firmen Hightech-Waren – Computer oder Dienstleistungen wie die der Unternehmens- oder Rechtsberatung. Beide Arten von Gütern werden üblicherweise von den Industrieländern geliefert – und nicht selten vom Mutterland des im Ausland engagierten Betriebs. Damit bieten sich in diesem Fall den USA zusätzliche Exportchancen.

Höhere Gewinne. Fahren die Tochterunternehmen in den Niedriglohnländern satte Gewinne ein, so lassen diese auch die Kassen der Muttergesellschaft klingeln – was dort neue Investitions- und Wachstumschancen eröffnet.

Neue Arbeitsplätze. Auch wenn im Land, aus dem Unternehmenskapital abfließt, Jobs etwa im industriellen Niedriglohnbereich abgebaut werden, können doch in anderen Sektoren Zug um Zug neue Stellen entstehen. Denn die durch die Produktionsverlagerung verbesserte Wettbewerbssituation lässt die Gewinne steigen und ermöglicht neue Investitionen. Dies schafft Spielraum für neue Arbeitsplätze – beispielsweise in der Forschung oder im Kultur- und Freizeitbereich.

Für Deutschland sind die Spezialisten von McKinsey allerdings weniger optimistisch. Ihrer Einschätzung nach sorgt die Verlagerung von Teilen der Produktion ins Ausland hierzulande tatsächlich tendenziell für eine Wohlstandsminderung.

Dies liegt jedoch nicht am Auslandsengagement der Unternehmen per se, sondern an den ungünstigen Rahmenbedingungen. Grundsätzlich gilt: Die Politik muss die richtigen Weichen stellen, damit eine Volkswirtschaft den Herausforderungen der Globalisierung begegnen kann. In erster Linie hat die politische Führung für ausreichend Flexibilität zu sorgen – vor allem auf dem Arbeitsmarkt. Denn um den durch die Globalisierung geförderten Strukturwandel zu bewältigen, müssen Jobs in nicht mehr konkurrenzfähigen Branchen rasch abgebaut werden können; zugleich ist der Weg für Existenzgründungen und Einstellungen in aufstrebenden Wirtschaftsbereichen freizuräumen.

In Deutschland machen jedoch Hemmnisse wie der stark ausgebaute Kündigungsschutz und eine wuchernde Bürokratie gerade denjenigen Firmen das Leben schwer, die sich um einen Spitzenplatz im internationalen Innovationswettbewerb bemühen. Dass Uncle Sam den Unternehmen weniger Steine in den Weg legt, zeigt auch die längerfristige Arbeitsmarktentwicklung: Von 1990 bis 2003 stieg die Zahl der Beschäftigten in den USA im Jahresdurchschnitt um 1,2 Prozent – in Deutschland dagegen nur um 0,2 Prozent.

Dass die Bundesrepublik die Früchte der Direktinvestitionen ihrer Unternehmen nicht ernten kann, ist aber auch dem wenig konkurrenzfähigen Steuersystem zuzuschreiben. Sollen deutsche Betriebe, die dank erfolgreicher Auslandsproduktion gute Gewinne erwirtschaften, diese wieder am heimischen Standort investieren, darf der Staat sie weder mit zu hohen Steuersätzen noch mit einem zu komplizierten Steuerrecht verschrecken.

Bewertungskriterien			Max. Punktzahl
Kommunikative Angemessenheit	5	x 2 =	10
Textaufbau und Kohäsion	5	x 1 =	5
Ausdruck	5	x 1 =	5
Allgemeiner Eindruck	5	x 1 =	5
			25

Schreiben Sie eine kurze Zusammenfassung des Textes (etwa ein Drittel, ca. 300- 350 Wörter) in deutscher Sprache für ein fachkundiges Publikum, ohne zum Textinhalt Stellung zu nehmen. Keine Übersetzung! Sie dürfen dabei das Wörterbuch benutzen.

Bio-e a bioüzemanyag? Az Európai Bizottság energiapolitikája

A környezetvédő szervezetek élesen bírálták Brüsszel legújabb terveit, amelyek célja a bioüzemanyag 10 százalékos részarányát biztosítani az európai közúti szállításban 2020-ra. A zöldek egyre szélesebb körben vallják, hogy a bioüzemanyag végső soron sokkal több kárt okoz, mint hasznot.

Az Európai Bizottság energiapolitikája kötelezően előírja, hogy 2020-ig az EU energiafelhasználásának 20 százalékát megújuló energiaforrásokból kell biztosítani. Ezt egészíti ki a 10 százalékos bioüzemanyag-terv, amely a kőolajfüggőség enyhítésében játszana jelentős szerepet. Jelenleg a szállításkor elhasznált energiából származik a kibocsátott üvegházhatású széndioxid egyharmada, aminek 98 százalékát a kőolaj rovására írják.

Az EU a 2003-as bioüzemanyag direktíva alapján nem kötelező célként határozza meg, hogy 2010-ig a benzin és a dízelolaj 5,75 százalékát bioüzemanyagra kellene váltani. A Bizottság azóta elismerte, hogy ezt a célt nem lehet elérni.

Szójaföldek az Amazonasnál?

A bioüzemanyagot "szénszemleges" energiaforrásként ünnepelték, mivel felhasználása során elméletileg nem bocsát ki több széndioxidot, mint amennyit egy növény elhasznál a növekedése során. Mi több, bizonyos állítások szerint a bioüzemanyag csökkentheti a levegőszennyeződést és a hulladék mennyiségét is. A Bizottság érvei közé tartozik általában az is, hogy a megújuló üzemanyag előállítására új állásokat teremt, új jövedelemforrást a mezőgazdaságnak, egyúttal segíti a kiotói célok elérését, továbbá Európa energiaforrásainak diverzifikálását.

Egyes környezetvédelmi szervezetek ezzel szemben érveket sorakoztatnak fel annak igazolására, hogy a bioüzemanyag végső soron káros lehet. A bioüzemanyag iránt megnövekvő kereslet miatt szegény országok olyan jelentős területei eshetnek "áldozatul", amelyek létfontosságúak a táplálék biztosítása szempontjából, főleg Délen. Ez esetenként akár az ökoszisztémák felborulásához vezethet, például akkor, ha a braziliai Amazonas esőerdőinek területét szójaültetvényekkel népesítik be.

Repece helyett faforgácsból

Bizonyos számítások szerint a bioüzemanyag előállításához több energiára van szükség, mint amennyit az előállított anyag maga tartalmaz. Az ültetvényeket kiszolgáló infrastruktúra kiépítése további környezetrombolással jár. A felhasznált vegyszerek szintén kárt okoznak, és veszélyeztetik az emberek egészségét. Külön is kényes, sokat vitatott kérdés a genetikailag módosított termények felhasználása a bioüzemanyag előállításában.

A problémák legalább részleges megoldása érdekében a Bizottság második generációs bioüzemanyag kialakítását tervezi, amelyet cellulóz alapú, illetve faanyagból nyernének, például szalmából, faforgácsból, trágyából. Brüsszel érvelése szerint ez sokkal kedvezőbb lenne, mint az első generációs bioüzemanyag, amelyet többnyire cukorrépából és repceből állítanak elő. Az új bioüzemanyag energiahozama és minősége jobb lenne, kevesebb üvegházhatású gáz keletkezne, előállításához pedig a nyersanyagként betáplált biomassza széles skálája felhasználható. Emiatt kevésbé jelentene konkurenciát az élelmiszeriparnak. A technológia egyelőre kidolgozás alatt áll.

Vita a civilek között is

Az európai biotechnológiai ágazat támogatja az EU törekvéseit. Az EuropaBio ipari csoportosulásnak az úgynevezett fehér biotechnológiáról készült tájékoztató tanulmányából kiderül, hogy biomasszából már sikerült etanol-alapú üzemanyagot előállítani. Az enzimek felhasználása által felszabadulhat a mezőgazdasági és erdészeti hulladék-forrás, ily módon alternatív jövedelemforrást teremtve a gazdálkodóknak.

Óvatosabban fogalmaz az Európai Vegyipari Tanács: "A CEFIC üdvözi a bioüzemanyag elismerését, amely jelentős szerepet játszhat a klímaváltozás elleni küzdelemben", ám megkérdőjelezi új, merész célok megfogalmazását még mielőtt a korábbi célokat sikerült volna elérni. A CEFIC javasolja a 2010-es célok elérését megghiúsító tényezők vizsgálatát.

Latin-amerikai civil szervezetek az EU-hoz intézett nyílt levélben bírálják a bioüzemanyag aránytalan használatát, hangsúlyozzák a klímaváltozásban várható negatív szerepét, és azt, hogy az újításnak a Dél látja majd kárát. "Igen valószínűtlen, hogy Európa képes saját termelésből fedezni bioüzemanyag-szükségletét, így a pótlás nagy valószínűséggel más területekről származik majd" - írják. Szkeptikus a Greenpeace is, amely szintén a bioüzemanyag környezetkárosító hatása miatt aggódik.

Az Európai Bioetanol Üzemanyag Társaság (eBIO) üdvözölte a 2020-as célok megfogalmazását, azt, hogy az Európai Bizottság megértette: a bioüzemanyag kötelező használata a legjobb módja az üvegházhatásúgáz-kibocsátás és a kőolajfüggőség csökkentésének.

A 2020-as célokat tartalmazó javaslatot a Bizottság március végéig készíti el.

Bewertungskriterien			Max. Punktzahl
Kommunikative Angemessenheit	5	x 2 =	10
Ausdruck	5	x 1 =	5
Sprachliche Richtigkeit	5	x 1 =	5
			20

Lesen Sie den Text und schreiben Sie dazu einen Kommentar in etwa 300-350 Wörtern in deutscher Sprache für ein fachkundiges Publikum. Sie dürfen dabei das Wörterbuch benutzen.

OECD-Studie: Deutschland schröpft Geringverdiener

Gering- und Durchschnittsverdiener in Deutschland müssen im internationalen Vergleich eine der höchsten Sozialabgaben- und Steuerlasten tragen. Wie kaum ein anderer Industriestaat belastet Deutschland die Einkommen von Gering- und Durchschnittsverdienern mit Steuern und Sozialabgaben. Ab einer bestimmten Höhe dagegen sinke die Belastung wieder, kritisiert die OECD in einer Studie.

Deutschland nimmt bei der Steuer- und Abgabenlast einen Spitzenplatz unter den Industrieländern ein. Zwar ist die Belastung der Arbeitseinkommen nach Angaben der OECD im Jahr 2008 erneut leicht gesunken, der Wert ist aber der zweithöchste im Vergleich mit den anderen Staaten, wie aus einer am Dienstag in Berlin vorgelegten Studie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hervorgeht.

Nur in Belgien waren die Abzüge vom Bruttolohn eines alleinstehenden Durchschnittsverdieners höher. Von 100 Euro Arbeitskosten blieben ihm im vergangenen Jahr nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialbeiträgen noch 47,30 Euro übrig. Besonders weit über dem OECD-Mittel liegt der Studie zufolge die Abgabenlast auch für Alleinerziehende mit geringem Einkommen. Grund dafür sei, dass viele Staaten umfangreiche staatliche Mittel gewährten. In einigen Ländern führe dies dazu, dass der Arbeitnehmer sogar netto mehr in der Tasche habe als der Arbeitgeber brutto zahle.

Die OECD kritisiert, dass Deutschland wie kaum ein anderes Industrieland die Einkommen von Gering- und Normalverdienern mit Sozialabgaben und Steuern belaste und fordert von der Bundesregierung seit längerem mehr Entlastung für diese Gruppe. Von den Maßnahmen in den vergangenen Jahren hätten jedoch vor allem Gutverdiener profitiert. Anders als die progressive Einkommensteuer vermuten lässt - mit jedem Euro mehr Lohn steigt auch die Steuerlast - sinkt laut OECD in Deutschland die Belastung der Arbeitseinkommen ab einem bestimmten Punkt wieder. Dies sei außer in Österreich und Spanien in keinem weiteren Land der Fall.

So werden in Deutschland bei einem Single mit einem Jahresgehalt von 63.000 Euro mit 53,7 Prozent die höchsten Abzüge durch Steuern und Sozialbeiträge fällig. Bei 110.000 Euro hingegen müssten nur noch 50 Prozent der Arbeitskosten (Bruttoverdienst plus Sozialbeiträge der Arbeitgeber) an Sozialkassen und Staat abgeführt werden. Die Quote liege damit auf dem Niveau eines Arbeitnehmers mit 36.500 Euro Jahresgehalt. Dieser Effekt sei auf die Beitragsbemessungsgrenzen zurückzuführen, die für den Teil des Einkommens, der über dieser Grenze liegt, keine Sozialabgaben mehr vorsieht.

Die OECD, der die meisten wichtigen Industrienationen angehören, legt regelmäßig einen Vergleich der Steuer- und Abgabenlast der 30 Mitglieder vor. Sie wird aus der Einkommensteuer abzüglich Bartransfers wie Kindergeld plus Abgaben an die Sozialkassen berechnet. Berücksichtigt wird auch die steuerliche Absetzbarkeit von Beträgen. Als deutschen Durchschnittslohn hat die OECD einen Bruttojahresverdienst von 43.942 Euro unterstellt.

Bewertungskriterien			Max. Punktzahl
Kommunikative Angemessenheit	5	x 1 =	5
Textaufbau und Kohäsion	5	x 1 =	5
Ausdruck	5	x 1 =	5
Sprachliche Richtigkeit	5	x 1 =	5
			20